

BUNDESJUSTIZPORTAL




(BJP) „Der heftige Streit unter Fachleuten, Professoren sowie Praktikern, ob eine Neu-Orientierung der Bewährungs-Hilfe notwendig ist, hat heute eines deutlich gezeigt: Die Risikoorientierung in der Bewährungshilfe verhindert den ganzheitlichen Blick auf die Probandinnen und Probanden. Sie bringt keine sicheren Vorteile, dagegen aber deutliche Nachteile, wie Erfahrungen aus Niedersachsen zeigen.“

Hohe Dokumentationsverpflichtungen bänden Personal und die mit der Risikoorientierung verbundene Klassifizierung sei nichts anderes als Stigmatisierung, die den Zugang zu den Menschen erschwere, so Wilken. Das alles vor dem Hintergrund, dass Vorbeugung von Kriminalität durch die Bildung von Risikogruppen und Kategorisierung nicht belegt sei.

Wilken: „Die heutige Anhörung hat klar gemacht, dass es sich bei der Risikoorientierung in der Bewährungshilfe um eine sinnlose Neuerung und ineffiziente Formalisierung handelt, von der es Abstand zu nehmen gilt. Bewährungshilfe und Resozialisierung sind auch heute schon auf Rückfallprävention ausgerichtet. Dazu braucht es keines neuen Instrumentariums.“

Bild: Ulrich Wilken / linksfraktion-hessen.de

Thomas Klein
Pressesprecher
Fraktion  DIE LINKE im Hessischen Landtag
Schlossplatz 1-3
65183 Wiesbaden
Tel: 0611 / 350.6079 - Fax: 0611 / 350.6091
Mail: presse-linke@ltg.hessen.de